



über die 2. Sitzung  
des Haupt- und Finanzausschusses  
am Dienstag, dem 22. Juni 2004  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr  
Ende: 17:10 Uhr

## Anwesend

### Ratsmitglieder SPD

Herr Behrens  
Frau Dyduch  
Herr Etzold  
Herr Henning  
Frau Jung  
Herr Lipinski  
Frau Lungenhausen  
Herr Madeja  
Herr Müller  
Herr Stahlhut

### Ratsmitglieder CDU

Herr Ebbinghaus  
Herr Hasler  
Frau Jacobsmeier  
Herr Kissing  
Frau Middendorf  
Herr Schneider

### Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Kühnapfel

### Beratendes Mitglied FDP

Herr Bremmer

### Ortsvorsteher

Herr Schmidt

### Verwaltung

Frau Amlang  
Herr Baudrexl  
Herr Brüggemann  
Herr Fleißig  
Herr Hupe  
Herr Lantin  
Herr Sander  
Frau Schwenzner

Herr Sostmann  
Herr Tost

entschuldigt fehlten

Herr Drescher  
Herr Eckardt  
Frau Gube  
Herr Hitz  
Frau Scharrenbach  
Frau Schneider

Herr Bürgermeister **Hupe** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Gegen den Antrag der Verwaltung, die Tagesordnung um den TOP A. 14 zu erweitern, wurden keine Bedenken erhoben.

Die Tagesordnungspunkte A.2, A.4, A.6 bis A.10 sowie A.12 bis A.16 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

#### **A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Ermittlung und Bewertung des Straßenvermögens der Stadt Kamen	117/2004
2.	Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 9 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 68 Ka "Im Grund" gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB i.V.m. § 16 BauGB	94/2004
3.	Bebauungsplan Nr. 71 Ka "Bogenstraße" hier: Aufstellungsbeschluss	105/2004
4.	Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre Nr. 11 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 71 Ka "Bogenstraße"	106/2004
5.	Bebauungsplan Nr. 20 Kamen (Volkermanns Hof) 1. Änderung gem. § 2 (4) BauG für einen Teilbereich hier: Änderungsbeschluss	102/2004
6.	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 "Westick" gem. § 13 Baugesetzbuch hier: Satzungsbeschluss	97/2004
7.	Jahresabschluss und Lagebericht der Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2003	60/2004
8.	Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2003	112/2004
9.	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH	113/2004

- |     |  |          |
|-----|--|----------|
| 10. | Erwerb von Geschäftsanteilen an der Fernwärme Niederrhein GmbH (FN) durch die Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönnen-Bergkamen (GSW)   | 90/2004  |
| 11. | Beteiligung der TECHNO PARK KAMEN GmbH an der zu gründenden LogFactory GmbH im Technologiepark Kamen<br>hier: Bericht der Verwaltung |          |
| 12. | Beteiligung der Gemeinden zur Krankenhausfinanzierung des Landes<br>hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe                  | 78/2004  |
| 13. | Überplanmäßige Ausgabe bei HhSt. 460.95050 "Erneuerung von Decken- und Wandverkleidungen im Jugendfreizeitzentrum Lüner Höhe"        | 91/2004  |
| 14. | Überplanmäßige Ausgabe bei der Hhst. 200.94000 "Umbau und Sanierung der Sporthallen"   | 118/2004 |
| 15. | Objekt "Saubere Stadt Kamen"<br>hier: Weiterführung des Projektes  | 111/2004 |
| 16. | Offene Ganztagsgrundschule<br>hier: Stand der Vergabe und finanzielle Entwicklung  | 116/2004 |
| 17. | Haushalts- und Finanzsituation der Stadt Kamen im laufenden Haushaltsjahr<br>hier: Bericht der Verwaltung                            |          |
| 18. | Bürgeranregung zum Gesetzgebungsverfahren für ein Kinder- und Jugendfördergesetz   | 114/2004 |
| 19. | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen   |          |

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Grundstücksangelegenheiten	
1. 1	Grundstücksverträge	
1. 1.1	Grundstückskaufvertrag Herr Friedrich Wilhelm Althoff / Stadt Kamen vom 17.06.2004 (UR-Nr.459 /2004 des Notars Weskamp in Kamen)	120/2004
1. 1.2	Abschluss eines Grundstückskaufvertrages zwischen der Stadt Kamen und den Eheleuten Silvia und Christian Klause	109/2004
1. 1.3	Abschluss eines Grundstückskaufvertrages zwischen der Stadt Kamen und den Eheleuten Britta und Lars Schiedel	108/2004
1. 1.4	Abschluss eines Grundstückskaufvertrages zwischen der Stadt Kamen und den Eheleuten Astrid und Karsten Straßburger	107/2004
1. 1.5	Abschluss eines Grundstückskaufvertrages zwischen der Stadt Kamen und der Käufergemeinschaft Eheleute Rita und Helmut Klopries und Frau Stefanie Klopries	110/2004
1. 2	Bericht über Grundstücksangelegenheiten gem. § 16 Abs. 3 a der Hauptsatzung	
2.	Personalangelegenheiten	
2. 1	Beförderung eines Beamten zum Stadtsozialamtsrat	80/2004
2. 2	Beförderung eines Beamten zum Stadtoberamtsrat	79/2004
3.	Beschaffung eines Rettungswagens Typ C nach DIN EN 1789 für den Rettungsdienst der Stadt Kamen	104/2004
4.	Unbefristete Niederschlagung von rückständigen Benutzungsgebühren	58/2004
5.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
6.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A.

## Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

117/2004

Ermittlung und Bewertung des Straßenvermögens der Stadt Kamen

Herr **Sander**, Mitarbeiter der Datenverarbeitung des Rathauses, stellte mittels Videoprojektion die Vorgehensweise für die Ermittlung und Bewertung des Straßenvermögens der Stadt Kamen vor. Die Ermittlung des Straßenvermögens sei ein Baustein für die Erstellung der NKF-Eröffnungsbilanz. Hierzu müsse die Aufgabe erfüllt werden, ca. 250 km Straßen mit Nebenanlagen zu erfassen, zu dokumentieren und zu bewerten. Als Grundlage für die Bestandsaufnahme dienten Luftbilder, Liegenschaftskarten und die Bilddaten aus der Kamerabefahrung. Um die Straßen bestimmten Bewertungsparametern zuordnen zu können, werde eine Aufgliederung der Straßenfläche in Abschnitte mit gleichem Ausbau vorgenommen. Die Bewertung der Straßen erfolge durch visuelle Begutachtung von Fachleuten des Fachbereichs Straßen. Durch die Einteilung des Straßenabschnitts in eine Zustandsklasse finde gleichzeitig eine Abschätzung der voraussichtlichen Lebensdauer statt. Die gesammelten Daten gäben zudem wichtige Hinweise für ein künftiges Straßenerhaltungsmanagement.

Frau **Dyduch** zeigte sich erfreut über die technischen Möglichkeiten der Datenermittlung. Sie bat um Erläuterung, welche Kriterien für die Bewertung nach Zustandsklassen zugrunde gelegt würden und ob eine regelmäßige Aktualisierung des Datenbestandes geplant sei.

Die SPD-Fraktion begrüße und unterstütze die Durchführung dieses Verfahrens, unterstrich Herr **Stahlhut**. Da für die NKF-Eröffnungsbilanz nur die Ermittlung des städtischen Straßenvermögens benötigt werde, stelle sich die Frage, ob darüber hinaus auch Daten für ein "Kataster-Management" einschließlich der Kreis- und Landstraßen im Stadtgebiet Kamen erhoben würden.

Herr **Sander** antwortete, dass eine regelmäßige Aktualisierung des Datenbestandes vorgesehen sei. Die Daten würden allein im Hinblick auf das geplante Straßenerhaltungsmanagement benötigt. Allerdings beschränke sich die Datenermittlung z.Z. auf die Gemeindestraßen.

Die CDU-Fraktion begrüße jede Form von Vereinfachung, legte Herr **Hasler** dar. Es stellten sich aber noch Fragen zur Bewertung, z. B. Berücksichtigung von durchschnittlichen Herstellungskosten, Abschnittsbildung bezogen auf KAG etc.

Herr **Hupe** erklärte, dass von Herrn Sander lediglich das Verfahren für die Ermittlung und Bewertung des Straßenvermögens der Stadt Kamen aus technischer Sicht dargestellt worden sei. Die Beantwortung von Detailfragen zur Bewertung erfolge durch die Fachleute zu einem anderen Zeitpunkt.

Zu TOP 2.

94/2004

Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 9 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 68 Ka "Im Grund" gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB i.V.m. § 16 BauGB

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 3.

105/2004

Bebauungsplan Nr. 71 Ka "Bogenstraße"

hier: Aufstellungsbeschluss

Frau **Dyduch** erklärte, dass die SPD-Fraktion die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich der Bogenstraße und auch den Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre in diesem Bereich begrüße. Diese Maßnahmen seien sinnvoll und setzten ein Signal an die Bevölkerung. Ihrer Fraktion sei aber auch bewusst, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen, um der problematischen Sozialentwicklung in diesem Bereich entgegenwirken zu können.

Seitens der CDU-Fraktion teilte Herr **Kissing** die Einschätzung von Frau Dyduch. Das planungsrechtliche Verfahren stelle nur ein begleitendes Instrument zur Problemlösung dar. Viele Probleme wären durch den Einsatz kommunaler Mittel, die aber nicht vorhanden seien, leichter zu lösen.

Ein großes Problem liege in der Vermarktungssituation, stellte Herr **Hupe** fest. Die Vermarktung gehöre aber zum privaten Wirtschaftsbereich.

Herr **Lipinski** betonte, dass es selbst in finanziell guten Zeiten nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein könne, Bereiche zu entprivatisieren und die Probleme der Gemeinschaft aufzubürden.

Mit seinen Ausführungen, machte Herr **Kissing** deutlich, habe er nicht eine Entprivatisierung, sondern vielmehr eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der Kommune mit den Wohnungsbaugesellschaften ansprechen wollen. Gedacht sei z.B. an begleitende Hilfen im Rahmen der Wohnumfeldverbesserung.

Die Wohnumfeldgespräche mit den Ansprechpartnern der Wohnungsbaugesellschaften funktionieren, stellte Herr **Hupe** klar. Die Situation ändere sich jedoch durch die Vermarktung des Wohnungsbestandes.

Ergebnis des Mitwirkungsverbotes nach § 31 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004:

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 71 Ka „Bogenstraße“ gem. § 2 (1) BauGB und beauftragt die Verwaltung mit der Planerarbeitung sowie der Durchführung des Verfahrens.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

106/2004

Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre Nr. 11 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 71 Ka "Bogenstraße"

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 5.

102/2004

Bebauungsplan Nr. 20 Kamen (Volkermanns Hof)  
1. Änderung gem. § 2 (4) BauG für einen Teilbereich  
hier: Änderungsbeschluss

Ergebnis des Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO NRW (i.d.F.d.B. vom 14.07.1994, zuletzt geändert am 03.02.2004):

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befähigt.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

1. Der Bebauungsplan Nr. 20 Ka „Volkermanns Hof“ wird für die in dem beigefügten Plan dargestellten Teilbereiche gem. § 2 (4) BauGB geändert.
2. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

97/2004

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 "Westick" gem. § 13 Baugesetzbuch  
hier: Satzungsbeschluss

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 7.

60/2004

Jahresabschluss und Lagebericht der Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2003

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 8.

112/2004

Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2003

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.

113/2004

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 10.

90/2004

Erwerb von Geschäftsanteilen an der Fernwärme Niederrhein GmbH (FN) durch die Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen (GSW)

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 11.

Beteiligung der TECHNOPARK KAMEN GmbH an der zu gründenden LogFactory GmbH im Technologiepark Kamen  
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Hupe** legte dar, dass zwischen der TECHNOPARK KAMEN GmbH und dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit NRW Einigkeit über den Förderrahmen für das Projekt "Entwicklung innovativer Qualifizierungskonzepte für das Management der Logistik" bestehe. Es sei eine Förderung in Höhe von 1,668 Mio. € in Aussicht gestellt worden. Für die Zertifizierung von Logistikern sollen Bildungsangebote auf den 3 Ebenen Junior, Senior und Excellence entwickelt werden. Parallel solle im Technologiepark Kamen eine LogFactory GmbH gegründet werden mit dem Ziel, die entwickelten Ausbildungsinhalte zu vermarkten und die Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen. Hierfür erwerbe die Gesellschaft eine Generallizenz von der TECHNOPARK KAMEN GmbH. Für die Gründung der Gesellschaft seien bereits klare Strukturen entwickelt worden. Es zeichne sich ab, dass ca. 50 % des Startkapitals durch Industrieunternehmen eingebracht werde. Zur Zeit liefen noch Feinabstimmungen hinsichtlich steuerlicher Fragen, Vergaben etc. Über die Gründung der Gesellschaft könne voraussichtlich im Herbst beschlossen werden. Herr Hupe brachte abschließend in Erinnerung, dass ein Gelingen des Projektes zeitweilig mit großer Skepsis anzusehen gewesen sei. Nunmehr habe es aber eine sehr positive Wende gegeben. Die Fraktionen würden in den nächsten Wochen über den Sachstand informiert.

Zu TOP 12.

78/2004

Beteiligung der Gemeinden zur Krankenhausfinanzierung des Landes  
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-  
empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 13.

91/2004

Überplanmäßige Ausgabe bei HhSt. 460.95050 "Erneuerung von Decken-  
und Wandverkleidungen im Jugendfreizeitzentrum Lüner Höhe"

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-  
empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 14.

118/2004

Überplanmäßige Ausgabe bei der Hhst. 200.94000 "Umbau und  
Sanierung der Sporthallen"

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-  
empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 15.

111/2004

Objekt "Saubere Stadt Kamen"  
hier: Weiterführung des Projektes

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-  
empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 16.

116/2004

Offene Ganztagsgrundschule  
hier: Stand der Vergabe und finanzielle Entwicklung

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschluss-  
empfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 17.

Haushalts- und Finanzsituation der Stadt Kamen im laufenden  
Haushaltsjahr  
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Baudrexl** berichtete, dass die Zahlen der Mai-Steuerschätzung  
gemeindegemäß vorlägen. Die Schlüsselzuweisungen für 2004 seien als  
stabil zu bezeichnen. Die negativen Abrechnungstatbestände aus den  
Vorjahren wirkten sich erst im Jahr 2005 aus und seien weitgehend auch  
bereits in der Finanzplanung enthalten. Nicht berücksichtigt sei aber ein  
weiteres Minus von rd. 450.000 € aufgrund der niedriger als erwartet

ausgefallenen Verbundsteuern. Das Land stunde diesen Betrag aber bis zum Jahr 2006. Die Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer beliefen sich auf 574.000 €. Dieser Fehlbetrag könne aber voraussichtlich durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer ausgeglichen werden. Der Ansatz bei der Gewerbesteuer habe zunächst 9 Mio. € betragen und sei bereits auf 10,5 Mio. € angehoben worden. Die Einnahmeerwartung betrage nach aktuellem Stand 10,9 Mio. €. So werfe die Mai-Steuer-schätzung zwar Probleme auf, die aber im Haushaltsvollzug voraussichtlich bewältigt werden können.

Im Vermögenshaushalt, so Herr Baudrexl weiter, entwickelten sich die Projekte manchmal anders als geplant. Als Risiko sei hier die zeitgerechte Abwicklung der Grundstücksverkäufe zu nennen. Beim Vollzug des Haushaltssicherungskonzeptes greife ein Großteil der Maßnahmen ohnehin erst ab 2005. Ein Risiko werde bei der Einsparung aufgrund der Rückführung der Asylbewerber aus dem Kosovo gesehen. Hier sei noch keine Entscheidung seitens der Innenminister getroffen worden.

Der Bericht löse selbstverständlich keine Begeisterung aus, legte Frau **Dyduch** dar. Allerdings sei auch nicht zu erwarten, dass sich die Probleme in den nächsten Jahren verringerten. Die SPD-Fraktion befürworte vorsichtige Finanzschätzungen und sehe sich darin bestätigt.

Die Arbeit der Verwaltung sei anzuerkennen, erklärte Herr **Kissing**, da trotz anderer Entwicklungen dennoch ein Fundament in dieser schwierigen Zeit erhalten bleibe. Die Situation werde sich noch verschärfen. Die derzeitigen Probleme seien nur in die Zukunft verschoben worden. Die Stadt Kamen lebe täglich mit einem Betrag von 20.000 € über ihre Verhältnisse. Die Gemeindefinanzreform sei nicht gekommen. Es gebe zusätzliche Risiken aus Hartz etc. Der Bund fordere zur Wirtschaftsbelebung eine stärkere Investitionstätigkeit der Kommunen, die ohne entsprechende Finanzmittel aber nicht zu realisieren sei.

Zu TOP 18.

114/2004

Bürgeranregung zum Gesetzgebungsverfahren für ein Kinder- und Jugendfördergesetz

Herr **Hupe** erinnerte an die von der AGOT NRW beantragte Volksinitiative, die ebenfalls die rechtsverbindliche Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit zum Ziel habe. Die Verwaltung schlage wie im Beschlussvorschlag formuliert die Unterstützung der Maßnahmen vor.

Frau **Dyduch** verwies auf die vorliegenden Gesetzesentwürfe der SPD- und CDU-Landtagsfraktion. Kernpunkte des 3. Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes seien u.a. die Planungssicherheit, die Festschreibung von Standards und auch die Festschreibung der Landesförderung. Die SPD-Fraktion unterstütze die Maßnahmen in allen Gremien.

Die Kommunen als Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die Vereine, Verbände etc. als Träger der freien Jugendhilfe arbeiten im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes partnerschaftlich zusammen, führte Herr **Kissing** aus. Die freien Träger benötigten natürlich eine finanzielle Absicherung und auch Planungssicherheit, wobei die Festschreibung konkreter Fördersummen angesichts der kommunalen Haushaltssituation

aber nicht einfach sei. Die Intention des Antrages werde von der CDU-Fraktion unterstützt.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt, die Maßnahmen zur gesetzlichen Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit über die regionalen und überregionalen Strukturen der im Rat der Stadt Kamen vertretenen Parteien, aber auch über die in die kommunalen Spitzenverbände entsandten Vertreterinnen und Vertreter zu unterstützen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 19.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### **Mitteilungen**

1. Herr **Baudrexl** informierte über die Absicht der Verwaltung, auch im Jahr 2005 Ausbildungs- und Praktikantenstellen bereitzustellen. Die Ausbildung in spezifischen Verwaltungsberufen mache aber nur Sinn, wenn bei entsprechenden Leistungen auch die Übernahme der Auszubildenden in Aussicht gestellt werde. Die Veröffentlichung der Stellenausschreibungen in der örtlichen Presse erfolge voraussichtlich am 17.07.2004, die Bewerbungsfrist ende am 06.09.2004. Im Einzelnen seien geplant:

#### **Ausbildungsstellen:**

- 2 Inspektoranwärter/innen (Studiengang Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre)
- 2 Sekretäranwärter/innen für den mittl. Dienst
- 1 Fachangestellte/r für Medien und Informationsdienste, Fachrichtung Bibliothek
- 2 Straßenwärter/innen

#### **Praktikantenstellen:**

- 4 Praktikanten/innen im Anerkennungsjahr für den Beruf Sozialarbeiter/innen bzw. Sozialpädagogen/pädagoginnen bzw. Erzieher/innen
- 3 Praktikanten/innen im Anerkennungsjahr für den Beruf Rettungsassistent/in
- 3 Jahrespraktikanten/-praktikantinnen zum Erwerb der Fachhochschulreife bzw. zum Erwerb der Voraussetzungen für ein Studium oder eine theoretische Ausbildung im Bereich Gesundheit und Soziales

Zusätzlich würden im Städt. Hellmig-Krankenhaus wie in den Vorjahren regelmäßig ca. 4 Auszubildende in der Krankenpflege beschäftigt. Das Städt. Hellmig-Krankenhaus kooperiere mit der Zentral-Krankenpflegeschule Lünen e.V. Regelmäßig absolvierten deshalb Schüler bzw. Schülerinnen der Krankenpflegeschule den praktischen Teil ihrer Ausbildung im Kamener Krankenhaus. Die Zahl der sonstigen Ausbildungsstellen des Krankenhauses könne für das Jahr 2005

noch nicht festgelegt werden. Im Krankenhaus würden ebenfalls ca. 22 Praktikantinnen bzw. Praktikanten im Bereich der Allgemeinen Krankenpflege beschäftigt.

Bezogen auf die beruflichen Aufstiegschancen fragte Herr **Hasler** an, ob es nicht Sinn mache, anstelle der Ausbildungsstellen im mittleren Dienst Ausbildungsstellen für Fachangestellte anzubieten.

Die Verwaltung halte die beabsichtigten Ausbildungsstellen mit Blick auf das Rathaus für die richtige Entscheidung, antwortete Herr **Baudrexl**.

2. Herr **Baudrexl** teilte mit, dass Frau Inge Frühauf zur neuen stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten bestellt worden sei. Sie übernehme die krankheits- und urlaubsbedingte Abwesenheitsvertretung von Frau Grothaus.
3. Herr **Baudrexl** bezog sich auf die Anfrage von Herrn Hasler in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.03.2004 zur Feststellung der realisierten Forderungen aus befristeten Niederschlagungen. Im vergangenen Jahr habe es einen Bestand von 1028 Fällen mit einem Gesamtbetrag von 2,487 Mio. € gegeben. 127 Fälle konnten erledigt und insgesamt 70.659,54 € als Einnahmen aus Niederschlagungen für das Jahr 2003 realisiert werden. Nach dem Stand vom 30.04.2004 belaufe sich der Gesamtbetrag der Niederschlagungen auf 2.751 Mio. € bei einer Gesamtfallzahl von 1076. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten im laufenden Jahr bisher 34 Fälle erledigt und 27.077,00 € vereinnahmt werden. Die Bearbeitung der Niederschlagungsfälle erfolge durch eine Halbtagskraft.

#### Anfragen

Frau **Dyduch** bat um Mitteilung des Sachstandes zur Hartz IV-Umsetzung, insbesondere auch über die Zusammenarbeit mit dem Kreis Unna zu diesem Thema.

Herr **Brüggemann** unterstrich, dass die Hartz IV-Umsetzung als vorrangiges Thema behandelt werde. Derzeit gebe es aber nur Entwürfe. Die Entscheidung auf Bundesebene falle voraussichtlich am 09.07.2004. Danach seien die Beschlüsse des Kreises erforderlich. Wichtig sei die Beteiligung der Kommunen an diesen Entscheidungen. Im Jahr 2005 werde es voraussichtlich eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft mit den Agenturen für Arbeit für den gesamten Kreis und AG-Dependancen in jeder Kommune geben. Zunächst werde aber eine Übergangslösung gefunden werden müssen. Wichtig sei auch das Beratungsangebot der Hilfeempfänger vor Ort. Herr Brüggemann hoffte, dass bis zum Familien- und Sozialausschuss am 15.07.2004 ein Ergebnis vorliegen und seitens des Kreises Unna vorgestellt werden könne.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Hupe  
Bürgermeister

gez. Lantin  
Schriftführer